

Erscheint wöchentlich drei Mal
und zwar Dienstag, Donnerstag
und Sonnabend (Vormittag).
Abonnementpreis beträgt
vierteljährlich 1 Mark 20 Pf
pr. numerando.

Anzeiger

für Zwönitz und Umgegend. Organ

für den Stadtgemeinderath, den Kirchen- und Schulvorstand zu Zwönitz.

Verantwortlicher Redacteur: Bernhard Ott in Zwönitz.

Inserate werden bis spätestens
Mittags des vorhergehenden
Tages des Erscheinens erbeten
und die Corpusspaltenzeile mit
10 Pf., unter „Eingeladener“ mit
20 Pf. berechnet.

N^o 19.

Donnerstag, den 15. Februar 1883.

8. Jahrg.

Politische Rundschau.

Deutschland. Der Reichstag steht vor seiner unmittelbaren Vertagung, da er die für diesen Theil seiner Session auf die Tagesordnung gesetzten Gegenstände so ziemlich erledigt hat. Am Sonnabend genehmigte das Haus in zweiter Lesung das Reichsbeamten-Gesetz und trat dann in die zweite Berathung der Novelle zum Militär-Pensions-Gesetz ein, doch kam man an diesem Tage über den § 9 (welcher die Erhöhung der Pensionsbezüge von $\frac{1}{80}$ auf $\frac{1}{60}$ jährlich vorschreibt) nicht hinaus. Bei der am Montag fortgesetzten Berathung über diesen Gegenstand trat Kriegsminister von Rameke zunächst den Ausführungen Richter's über die Bevorzugung adeliger Officiere, sowie der Aeußerung Windthorst's betreffs der Nebenrückichten bei der Pensionirung der Officiere entgegen. Die gleichzeitige Regelung des Communalsteuerwesens bei Militärpersonen müsse die Regierung bei der Verschiedenartigkeit beider Materien ablehnen. Hierauf beantragte Abg. Windthorst die Zurückweisung der ganzen Vorlage mit den hierzu gestellten Anträgen aus der Mitte des Hauses an die um 7 Mitglieder zu verstärkende Commission; sowohl über diesen Antrag als auch über die fernere Frage, ob man die materielle Discussion über den § 9 noch fortsetzen dürfe oder ob sofort der Antrag Windthorst zur Abstimmung zu bringen sei, entspann sich eine sehr bewegte und an spitzigen Bemerkungen überreiche Geschäftsordnungsdebatte. Dieselbe endete damit, daß der Antrag Windthorst gegen die Stimmen der Fortschrittspartei, der Volkspartei, SeceSSIONisten und Socialisten angenommen wurde; ferner wurde auch das Relicten-Gesetz an die IX. Commission zurückverwiesen, welche demnach sowohl über dieses Gesetz als auch über die Novelle zum Militär-Pensions-Gesetz schriftlichen Bericht zu erstatten hat. Schließlich wurde noch die Verordnung über die Verwendung giftiger Farben nach den Commissionsanträgen genehmigt. Am Dienstag beschäftigte sich der Reichstag mit Wahlprüfungen sowie mit der dritten Lesung des Etats.

Von den verschiedenen Reichstags-Commissionen, welche zur Vorberathung der wichtigeren Vorlagen eingesetzt worden sind, hat nunmehr die Commission für die Arbeiterversicherungsgeetze ihre Berathungen über die Krankenversicherung der Arbeiter zu Ende geführt. Der Bericht hierüber an das Plenum des Reichstages dürfte aber so umfassend werden, daß bis zu dessen Fertigstellung wohl noch zwei Wochen vergehen werden. Die Reichstags-Commission zur Vorberathung des fortschrittlichen Antrages auf Erlass eines Gesetzes, betreffend die Entschädigung unschuldig Verurtheilter, wird in den nächsten Tagen die zweite Lesung des Gesetzentwurfes vornehmen, welchen Abg. Dr. von Schwarze über diesen Gegenstand ausgearbeitet hat. Dem betreffenden Entwurf liegen die Anschauungen zu Grunde, welche in den bisherigen Berathungen der Commission zu Tage getreten sind.

Ueber den Inhalt der päpstlichen Antwort auf das Schreiben Kaiser Wilhelms liegen bis jetzt nur Mittheilungen von clericaler Seite vor, welche ziemlich übereinstimmend zu melden wissen, daß der Brief des Papstes für die Erfüllung der Anzeigepflicht die Revision der Maigesetze fordere. Außerdem wird aber auf ein Schreiben des Cardinal-Staatssecretärs Jacobini hingewiesen, welches der Antwort des Papstes beigegeben sei und in dem der weitere Gang der Verhandlungen geregelt sei. Letzteres würde die Geneigtheit des Vaticanus bekunden, die Verhandlungen mit Preußen fortzusetzen. Falls denselben aber die Revision der organischen Maigesetze zur Basis dienen sollte, so könnte man mit Gewißheit das Scheitern der Unterhandlungen annehmen, da das Schreiben des Kaisers jene Forderung der Curie ausdrücklich zurückweist.

In Reichstagskreisen ist das sehr bestimmte Gerücht von der Demission des Kriegsministers von Rameke verbreitet, was wir jedoch unter allem Vorbehalt wiedergeben.

Vor dem Seeamte zu Hamburg ist in voriger Woche die Vernehmung der englischen Zeugen in der Untersuchung bezüglich der „Cimbria“-Affaire zu Ende geführt worden. Dieselben sollen nunmehr mit den Zeugen von der „Cimbria“ einem Kreuzverhöre unterzogen werden, worauf das Seeamt vermuthlich alsbald seinen Spruch fällen wird.

Oesterreich-Ungarn. In den Wiener parlamentarischen Kreisen

bilbet die Scandal-Affaire Raminiski-Schwarz noch immer das Tagesgespräch. Am Sonnabend hat der österreichische Reichsrath in dieser Angelegenheit Beschluß gefaßt und es ist bezeichnend für den Eindruck, den das Verhalten des Herrn v. Raminiski selbst auf Seiten der Rechten des Abgeordnetenhauses, also bei seinen ehemaligen Fraktionsgenossen gemacht, daß auch die Mitglieder der Rechten mit einer Ausnahme für den liberalen Antrag auf Einsetzung einer Untersuchungs-Commission stimmten. Letzterer Beschluß kommt übrigens einer Niederlage des Ministeriums Taaffe sehr nahe, denn daß sich unter seiner Argide solche Scandalosa beim Bau der galizischen Transversalbahn ereignen konnten, hat seinem Ansehen bei der Rechten entschieden geschadet und die an Einmüthigkeit grenzende Annahme des liberalen Antrages hat daher mit einem Misstrauensvotum gegen das Ministerium Taaffe große Aehnlichkeit. Gegenwärtig ist auch die strafgerichtliche Untersuchung in der Raminiski-Affaire eingeleitet.

Frankreich. Im französischen Senate hat die große Haupt- und Staatsaction, welche in dieser Körperschaft seit vorigen Sonnabend spielte, nämlich die Debatte über die Prätendenten-Vorlage, am Montag mit der Annahme eines von den Senatoren Waddington und Say eingebrachten Vermittelungs-Vorschlages geendet. Selbstverständlich nahm die Sache keinen so glatten Verlauf; zunächst beschloß der Senat, nach Beendigung der Generaldiscussion, mit 170 gegen 115 Stimmen, in die Berathung der einzelnen Artikel der Vorlage einzutreten, worauf der entscheidende Artikel 1 mit 172 gegen 89 Stimmen abgelehnt wurde. Vorher hatte der Senat auch den Entwurf Barbey, welcher im Allgemeinen darauf hinaus läuft, dem Präsidenten der Republik die Befugniß zur Ausweisung der Prinzen zu ertheilen, mit 148 gegen 132 Stimmen abgelehnt, obwohl Justizminister Déves die Erklärung abgab, daß die Regierung den Entwurf Barbey acceptire. Schließlich wurde, wie schon erwähnt, der Entwurf Waddington-Say mit 165 gegen 127 Stimmen angenommen, wonach die Prinzen, welche einen Prätendentenact oder Manifestation, Zweck eines Anschlags gegen die Sicherheit des Staates machen, mit Verbannung bestraft werden. Die Gerichtsverhandlung erfolgt vor einem Schwurgerichte oder dem Senate. Man darf nunmehr gespannt sein, ob die Deputirtenkammer an der ursprünglichen Prätendentenvorlage festhalten oder dem Entwurfe Waddington-Say zustimmen wird; in ersterem Falle wird sich das Kritische der gegenwärtigen Lage in Frankreich nur noch vermehren. — Prinz Napoleon hat sich mit seinem Sohne Victor nach London zu einem Besuche der Kaiserin Eugenie begeben; beide werden diesen Donnerstag in Paris zurück erwartet.

England. Die seit voriger Woche in London tagende Donau-Conferenz scheint ihre Arbeiten sehr abzurufen zu wollen, denn es verlautet, daß dieselbe noch in dieser Woche ihre Thätigkeit beschließen werde. Vorläufig ist auch nur ein einziger Gegenstand auf die Tagesordnung der Conferenz gesetzt worden, die sogen. Kilia-Frage. Rußland beansprucht nämlich das Recht, an der Kilia, dem ihm gehörigen nördlichen Arme des Donau-Delta's, Befestigungen anzulegen, was aber den Bestimmungen des internationalen Donau-Vertrages, demzufolge an den Donau-Mündungen keine Befestigungen angelegt werden dürfen, widerspricht; man hofft, daß die Conferenz hierüber eine Verständigung herbeiführen werde. Hervorzuheben ist der Beschluß aus der Sonnabends-Sitzung der Conferenz, Rumänien und Serbien nur mit beratender Stimme an ihren Arbeiten Theil nehmen zu lassen. Serbien hat sich hiermit einverstanden erklärt, die rumänische Regierung dagegen wies ihren Gesandten in London, Fürst Ghila, sofort an, gegen diesen Beschluß formell zu protestiren und zu erklären, daß Rumänien den Beschlüssen der Conferenz keine bindende Kraft beimessen könne, wenn man ihm nur einen Sitz, aber keine Stimme in der Conferenz einräumen wolle. Die rumänische Deputirtenkammer hat der entschiedenen Haltung der Regierung König Karl's einstimmig Beifall gezollt.

Rußland. Das jüngste angeblich nihilistische Manifest, welches dem Kaiser Alexander III. fast unmittelbar nach der Bekanntmachung des Krönungstermins in die Hände gespielt wurde, soll nicht nihilistischen Ursprungs sein. Wenigstens hegt man in wohlunterrichteten Petersburger Kreisen die Ueberzeugung, daß diese unsinnige Proclamation aus einer ganz andern Quelle stamme und nur dazu be-